GRÜNFLÄCHE

Zeitschrift von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen

Ausgabe 1/2022

Landesvorstand:

INTERVIEW MIT DEN LANDESVORSITZENDEN

Gastbeitrag & Leitantrag auf dem Parteirat:

ZWEI JAHRE NACH HANAU

Frauenpolitik:

10 JAHRE FRAUENMENTORING

GRUENE-HESSEN.DE

Liebe Freund*innen,

seit der letzten Grünfläche liegen sehr ereignisreiche Monate hinter uns. Auf Bundesebene ist die Ampelkoalition gestartet. Statt mit 100 Tagen Einarbeitungszeit wurden unsere Mitglieder in der Regierung mit der bislang größten Corona-Welle und wenige Wochen später mit einem Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine konfrontiert. Wir mussten tiefgreifende Maßnahmen in sehr kurzer Zeit beschließen und mittragen. Für mich persönlich kann ich sagen, dass ich sehr froh bin, dass es UNSERE Minister*innen sind, die in diesen schwierigen Zeiten die Verantwortung tragen und auch jetzt den sozial-ökologischen Wandel nicht aus den Augen verlieren. Denn der ist heute wichtiger denn je.

Ebenfalls auf Bundesebene haben wir mit unserem Frankfurter Bub Omid Nouripour einen hessischen Bundesvorsitzenden der GRÜNEN bekommen. Auf Landesebene setzt unsere Landtagsfraktion mit unseren Minister*innen die erfolgreiche grüne Arbeit in der Schwarz-GRÜNEN Koalition unter einem neuen Ministerpräsidenten fort.
Zusammen mit Europa-, Bundes- und Landtagsfraktionen hat der Landesvorstand mit der GRÜNEN Stunde ein neues Angebot für die Mitglieder geschaffen, um direkt mit den politischen Verantwortlichen ins Gespräch zu kommen. Mit über 450 Anmeldungen für den dazugehörigen Newsletter haben wir klar einen Nerv getroffen.
Auch den Dialog mit den Kreis- und Ortsverbänden und den Landesarbeitsgemeinschaften wird der Landesvorstand weiter intensivieren. Ein Ergebnis dieses vertieften Dialogs ist ein gemeinsamer Leitantrag zu den Anschlägen von Hanau, der mit dem OV Hanau, dem KV Main-Kinzig und der Landtagsfraktion erarbeitet wurde. Mehr dazu erfahrt ihr in dieser Ausgabe.

Viel Spaß beim Lesen der Grünfläche.
Euer Sebastian

INHALT

1 Interview mit den Landesvorsitzenden
Landesvorstand

3 Zuständigkeiten: KVen und LAGen
Landesvorstand

4 Zwei Jahre nach Hanau
Gastbeitrag von Emre Telyakar

5 Ein neues Gesicht in der Landesgeschäftsstelle

6 Zwei Jahre nach Hanau
Leitantrag auf dem ersten Parteirat 2022

7 Rückblick zum Frauenmentoring
Frauenpolitik

8 Landesarbeitsgemeinschaften

9 GRÜNE JUGEND Hessen

10 KV Limburg-Weilburg
Kreisverbände im Porträt

11 Aus der Landtagsfraktion

IMPRESSUM

Herausgeberin: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen, Kaiser-Friedrich-Ring 77, 65185 Wiesbaden | V.i.S.d.P.: Bärbel Hartmann
Redaktion: Nicole Pink, | Layout/Gestaltung: Nicole Pink | Anzeigen: Nicole Pink 0611 9892020 nicole.pink@gruene-hessen.de |
Titelbild: nkbimages (gettyimages.de) | Druck: April 2022, Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG, Kassel.

Interview mit den Landesvorsitzenden

EIN NEUES DUO FÜR DIE GRÜNEN IN HESSEN

Im Rahmen der Landesmitgliederversammlung im vergangenen November wurde der Landesvorstand der hessischen GRÜNEN neugewählt. Während Sigrid Erfurth in ihrer Posiiton bestätigt wurde, konnte sich Sebastian Schaub als neuer Landesvorsitzender durchsetzen. Im folgenden Interview stellen sich die beiden noch einmal kurz vor.

Sebastian, wie hast du die ersten Monate in deiner neuen Rolle als Landesvorsitzender erlebt?

Sebastian: Es ist eine sehr anstrengende und aufregende Zeit gewesen.
Für mich war das am Anfang ein echter Kulturschock, den ich ohne die tatkräftige Hilfe und die große Geduld von Sigrid und den anderen langjährigen Vorstandskolleg*innen niemals so geschafft hätte. Die Zusammenarbeit ist für mich eine absolute Bereicherung.

Sigrid, wie gestaltet sich die Zusammenarbeit im neuen Landesvorstand?

Sigrid: Jeder neue Landesvorstand ist ja mit der Annahme der Wahl sofort im Amt und hat die Aufgabe, die Partei zu führen. Dieser Verpflichtung haben sich alle gestellt und wir haben unsere Zusammenarbeit in einer guten Klausur zwischen den erfahrenen und neuen LaVo-Mitgliedern neu austariert. Wir arbeiten gut und professionell zusammen und das Team in der Landesgeschäftsstelle ist dabei eine tolle Unterstützung.

Welche konkreten Ziele setzt ihr euch für die vor euch liegende Amtszeit?

Sigrid: Wir wollen dieses Jahr nutzen, uns auf das zentrale Thema „Landtagswahl 2023“ vorzubereiten. Nicht zuletzt der Rücktrifft von Volker Bouffier von seinen Ämtern lässt den Dreikampf um die Staatskanzlei in greifbare Nähe rücken. Dafür werden wir den 2019 begonnen Strukturprozess mit den notwendigen organisatorischen Veränderungen in der Partei und der Landesgeschäftsstelle abschließen. Besonders freue ich mich, im Sommer gemeinsam mit den Landesarbeitsgemeinschaften, der Landtagsfraktion und allen Mitgliedern, die mitmachen wollen, zu starten, tolle Ideen und Projekte für das neue Landtagswahlprogramm zu entwickeln.

Sebastian: Wir wollen mit den GRÜNEN bei der hessischen Landtagswahl in 2023 an die Wahlerfolge der letzten Jahre anschließen. Dafür müssen wir unsere Partei fit machen. Besonders wichtig ist dabei für mich, …

… Neumitglieder an die Parteiarbeit heranzuführen.
… Parteistrukturen weiterzuentwicklen.
… den Prozess der Wahlprogrammerstellung im Juli 2022 anzustoßen.
… die Listenaufstellung für den Landtag Anfang 2023 vorzubereiten.
… unseren bisher besten Wahlkampf in 2023 zu führen.

Die GRÜNEN sind zum ersten Mal seit 16 Jahren wieder an einer Regierung im Bund beteiligt. Macht sich das auf Landesebene bemerkbar?

Sigrid: Wir erhoffen uns Rückenwind für viele Projekte, die wir in Hessen angestoßen haben, wie z.B. die dringend nötige Energiewende. Hier sind wir immer wieder an Grenzen gestoßen, die durch Bundesrecht vorgegeben sind. Natürlich spüren wir auch in Hessen den hohen Verantwortungsdruck, der wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine auf der neuen Regierung lastet und wie viele berechtigte Fragen unsere Mitglieder haben. Wir bemühen uns, durch neue Kommunikationsangebote Transparenz herzustellen.

Sebastian: Aus meiner bisherigen Erfahrung kann ich sagen, dass man dies deutlich spürt.
Persönlich finde ich es sehr gut, dass wir in diesen schwierigen Zeiten mit in der Verantwortung im Bund stehen. Unsere Minister*innen machen im Bund einen Wahnsinnsjob, was wir auch auf Landesebene in unseren Umfragewerten gespiegelt sehen. Das bedeutet aber auch, dass wir nicht mehr Verantwortung bei der alten GroKo suchen können.
Umso wichtiger wird es für uns sein, unsere GRÜNEN Inhalte auch im Bund politisch auf den Weg zu bringen.

Wie prägt euch die Arbeit in euren Kreisverbänden mit Blick auf die Arbeit im Landesvorstand (z.B. die Themen, Anregungen und Arbeitsweisen vor Ort)?

Sigrid: Das ist ein sehr fruchtbares Wechselspiel. Natürlich kann ich die Verhältnisse aus dem Werra-Meißner-Kreis nicht eins zu eins auf den Landesverband übertragen und freue mich auch immer, mit Vorständen und Mitgliedern aus anderen Kreisverbänden im Gespräch zu sein. Ich habe dadurch einen guten Eindruck, wie die Arbeit im Landesvorstand vor Ort ankommt, wo wir nachschärfen müssen und wie wichtig es ist, in den Kreisverbänden gut ausgestattete Kreisgeschäftsstellen zu haben.

Sebastian: Unsere erfolgreiche Arbeit auf kommunaler Ebene, im Kreis und den Ortsverbänden ist für mich die Triebfeder, warum ich mich für den Landesvorsitz beworben habe. Für meine tägliche Arbeit an der Landesspitze ist die „Erdung“ in der Kommunalpolitik ein wichtiger Faktor. Deswegen ist es mir von Anfang an so wichtig, die Kommunikation mit den Orts- und Kreisverbänden zu intensivieren. Ich hoffe, dass wir die Kreisgeschäftsstellen und die kommunalen Fraktionen durch weitere Angebote bei ihrer wichtigen politischen Arbeit unterstützen können.

Unser Angebot für euch: Die GRÜNE Stunde

Alle 14 Tage stehen euch Vertreter*innen aus LaVo, Europa-, Bundestags- und Landtagsfraktion für einen Austausch über aktuelle politische Themen im Rahmen einer Videokonferenz zur Verfügung.

Dein Interesse ist geweckt? Dann trag dich in unseren Verteiler ein, um die Zugagsdaten zu erhalten und keinen Termin für die GRÜNE Stunde mehr zu verpassen: gruenlink.de/2e5i.

ZUSTÄNDIGKEITEN: Kreisverbände und LAGen

LaVo-Mitglied	Kreisverbände	LAGen
Hannah Blum ***Vertreterin der GJH im LaVo***	Main-Taunus, Rheingau-Taunus	Inklusion; queerGRÜN; Sport
Nina Eisenhardt ***Landesschatzmeisterin***	Darmstadt-Dieburg, Odenwald	Frieden, Europa und internationale Politik; Kultur; Digitales und Medien
Sigrid Erfurth ***Landesvorsitzende***	Hersfeld-Rotenburg, Waldeck-Frankenberg, Wiesbaden	Die GRÜNEN Alten Hessen; GewerkschaftsGRÜN; Ländliche Räume, Landwirtschaft, Wald und Verbraucher*innenschutz
Phillip Krassnig ***Beisitzer***	Kassel-Land, Schwalm-Eder, Wetterau	Planen Bauen Wohnen; Wirtschaft und Finanzen
Marlene Riedel ***Beisitzerin***	Gießen, Kassel-Stadt	Bildung; Kinder, Jugend und Familie
Jacob Rimkus ***Beisitzer***	Frankfurt, Limburg-Weilburg, Offenbach-Land, Offenbach-Stadt	Demokratie und Recht; Mobilität; Säkulare GRÜNE, Wissenschaft und Hochschule
Sebastian Schaub ***Landesvorsitzender***	Groß-Gerau, Main-Kinzig, Werra-Meißner	Migration, Flucht und Integration; Tierschutzpolitik; Umwelt, Energie & Naturschutz
Gerda Weigel-Greilich ***Vertreterin kommunale Hauptamtliche im LaVo***	Bergstraße, Lahn-Dill, Marburg-Biedenkopf, Vogelsberg	Religiöse; Die GRÜNEN Alten Hessen
Gianina Zimmerman ***Frauenpolitische Sprecherin***	Darmstadt, Frankfurt, Fulda, Hochtaunus	Gesundheit und Pflege; Arbeit und Soziales

Der neue Landesvorstand (v.l.n.r.):

Nina Eisenhardt, Sigrid Erfurth, Marlene Riedel, Jakob Rimkus, Sebastian Schaub, Hannah Blum, Gianina Zimmermann und Phillip Krassnig.

Gastbeitrag von Emre Telyakar, stellv. Fraktionsvorsitzender Frankfurt

VON VERSCHLOSSENEN TÜREN, DIE SCHICKSALE BESIEGELN

Am 19.02. diesen Jahres jährte sich der rassistische Anschlag von Hanau zum zweiten Mal. Zwei Jahre ohne Ferhat und Mercedes, 24 Monate ohne Sedat und Gökhan, 730 Tage ohne Hamza und Kaloyan, 17520 Stunden ohne Vili Viorel, Said Nesar und Fatih: In Gedenken an sie alle!

Es war kein Zufall, dass der Täter diese drei Orte - eine Shisha-Bar, einen Kiosk und die Bar - anvisierte. Migrantisch gelesene Menschen werden zum einen aufgrund ihres Aussehens, Namens, Religionszugehörigkeit und ihrer kulturellen Herkunft diskriminiert, erfahren aber zusätzlich eine Stigmatisierung und Kriminalisierung ihrer sichergeglaubten Räume wie Shisha-Bars, Kebap-Restaurants oder Moscheen.

Gedenkaktion an der Frankfurter Paulskirche.

Am dritten Termin des Untersuchungsausschusses stellte Said Etris Hashemi die Ergebnisse der unabhängigen Untersuchung der internationalen Rechercheagentur Forensic Architecture (FA) vor. Tatbestand der Untersuchung: Ein verschlossener Notausgang am letzten Tatort, der Arena-Bar in Kesselstadt, in der der Täter fünf junge Menschen ermordete. Durch eine professionelle Rekonstruktion des Tatgeschehens kommt die renommierte Agentur zu einem eindeutigen Ergebnis: Wäre der Notausgang nicht versperrt gewesen, hätten alle fünf jungen Männer dem Mordanschlag entkommen können, da der Täter zunächst im anliegenden Kiosk das Feuer eröffnete und erst neun Sekunden später die Bar betrat. Überlebende vermuten gegenüber der Frankfurter Rundschau eine mögliche polizeiliche Anordnung zum Verschluss der Tür. Das Gutachten von FA hält fest, dass die Arena-Bar eine beunruhigende Geschichte von übermäßigen Polizeikontrollen und Razzien hat. Dennoch ist anzumerken, dass es seitens der Staatsanwaltschaft keine Anhaltspunkte für diesen Vorwurf gibt und die Polizei die Vorwürfe zurückweist. Die Feststellung des Gutachtens zeichnet jedoch eine bittere Realität dieses Abends ab: Die verschlossene Tür besiegelte das Schicksal dieser fünf jungen Menschen.

Migrantische Orte werden auch von Parteien im hessischen Landtag häufig im Kontext rassistischer Motive behandelt: Überproportional häufige parlamentarische Anfragen zu Rechtsverstößen, Kriminalstatistiken und öffentliche Debatten über Clankriminalität und deren Bezug zu diesen Orten sind primäre Teile der rechts-konservativen Narrativbildung. Auch Polizeibehörden tragen durch unverhältnismäßig häufig durchgeführte Personenkontrollen, bei denen Betroffene immer wieder über Racial Profiling klagen, zur Stigmatisierung und Kriminalisierung dieser Orte bei. Maßnahmen, wie bewaffnete

Großeinsätze in Shisha-Bars, müssen zwingend auf ihre tatsächliche Effektivität in der Verfolgung von organisierter Kriminalität geprüft werden, da daraus meist irreparable Schäden entstehen: Welches Bild entsteht in unserem kollektiven Gedächtnis, wenn die öffentliche Stigmatisierung von migrantisch gelesenen Orten zur Normalität wird? Was bedeuten die Ergebnisse des Gutachtens und welche politischen Maßnahmen müssen daraus folgen?

Auf dem Weg zur umfassenden Sensibilisierung muss die gezielte Diversifizierung von Exekutive und Legislative ein fester Bestandteil werden. Die auf den Weg gebrachte Einsetzung eines Bürger- und Polizeibeauftragten ist ein Schritt in die richtige Richtung für unabhängige Aufklärungsstrukturen. Mittelfristig muss angestrebt werden, diese Stelle als unabhängige Polizei-Beschwerdestelle samt kontrollierten Weisungsbefugnissen auszubauen. Weitere Maßnahmen finden sich im Maßnahmenpaket Hanau (20/5280) oder im Bericht der Expert*innenkommission „Verantwortung der Polizei in einer pluralistischen Gesellschaft", bei denen bereits einige wichtige Handlungsansätze, wie Demokratieförderung und Wissenschaftsförderung, auf den Weg gebracht wurden.

Betroffenen zuzuhören, das eigene Verhalten zu reflektieren, eigene Vorurteile zu hinterfragen und nach der Fraktionssitzung statt eines Äpplers einen Çay trinken zu gehen, bleibt trotz jeder strukturellen Maßnahme unsere tägliche Einladung einer vielfältigen Gesellschaft, für die wir täglich streiten.

EIN NEUES GESICHT IN DER LANDESGESCHÄFTSSTELLE

Lisa Stein ist seit Anfang Februar neue Referentin des Landesvorstandes.
lisa.stein@gruene-hessen.de | 0611 989 20-11

Hallo und Gude. Ich bin Lisa Stein und seit 01. Februar die neue Referentin des Landesvorstandes.
Mein Bachelorstudium der Politikwissenschaft hat mich 2014 ins schöne Marburg gezogen. Für meinen Masterabschluss ging es dann weiter nach Dresden, wo ich auch meine bündnisgrüne Heimat für mich entdeckt habe. Seit 2018 wirk(t)e ich dort an verschiedenen Stellen: zunächst als Studentische Mitarbeiterin eines Landtagsabgeordneten, dann als Referentin im Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung und zuletzt in der Landtagsfraktion. Bis zur Neuwahl im Mai bin ich außerdem Beisitzerin im Landesvorstand der sächsischen BündnisGRÜNEN. Umso lustiger, dass ich in Hessen nun als Vorstandsreferentin arbeite.

Ich freue mich riesig, wieder hier zu sein und die bündnisGRÜNE Familie aus der hessischen Perspektive kennenlernen zu dürfen. Auf die Erfahrungen in der Landesgeschäftsstelle bin ich schon gespannt. Aber am größten ist natürlich die Vorfreude auf das Kennenlernen und auf die Zusammenarbeit mit euch.

KV Main-Kinzig zum Leitantrag auf dem ersten Parteirat 2022:

SOLIDARITÄT ZEIGEN UND KONSEQUENZEN ZIEHEN

Anlässlich des zweiten Jahrestages des rassistischen Anschlags in Hanau bringen die GRÜNEN Hanau und Main-Kinzig gemeinsam mit dem Landesverband einen Antrag beim Parteirat ein.

„Dieser Antrag beschreibt keinen schnellen Sprint, er beschreibt einen Marathon. Er ist Auftrag, Erinnerung und Verpflichtung zugleich", sagte Robert Erkan, Stadtverordneter in Hanau, beim Parteirat im Februar. Der zweite Jahrestag des rassistischen Attentats war Anlass für einen Antrag zu seinen Folgen und Lehren. Unter dem Titel „Zwei Jahre nach Hanau – #SayTheirNames: Solidarität zeigen und Konsequenzen ziehen" werden Maßnahmen angeführt, die als Antwort auf die schreckliche Tat ergriffen wurden und werden.

Dabei legen wir drei Schwerpunkte: Die Opferperspektive stärken, Demokratieförderung und Antirassismusarbeit ausbauen, sowie die Polizei reformieren. „Wenn ein geliebter Mensch durch die sinnlose Tat eines verblendeten Rassisten plötzlich aus dem Leben gerissen wird, ist die Welt von einem Tag auf den anderen nicht mehr dieselbe. Durch behördlichen Umgang entstand noch zusätzliches Leid", so Angelika Gunkel, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN Hanau, die den Antrag einbrachte. Der Hanau-Untersuchungsausschuss leistet einen wichtigen Beitrag zu Aufarbeitung der Tat. Es gilt, den Umgang der Polizei und Behörden gegenüber Opfern und Angehörigen zu verbessern, eine mittelfristige psychosoziale Betreuung und die psychotherapeutische Versorgung sicherzustellen und bürokratische Hürden bei der Beantragung finanzieller Unterstützung abzubauen. Der eingerichtete Opferfond ist bewusst so gestaltet worden, dass möglichst wenig Aufwand für Betroffene entsteht. Ein Teil des Geldes wurde schon an Angehörige der Opfer ausgezahlt.

In einem Gastbeitrag erklärte Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrums der Universität Marburg, den Zusammenhang zwischen Rassismusbekämpfung und Stärkung der Demokratie. Wir wollen die demokratische Resilienz zu stärken. Deshalb ist es notwendig, Antirassismusarbeit an allen hessischen Schulen zu institutionalisieren und Projekte wie die Bildungsinitiative Ferhat Unvar und das Demokratiezentrum zu fördern.

Die Polizeireform ist in Hessen bereits angelaufen, wird aber noch lange dauern. Ziel ist es die von der Expertenkommission empfohlenen Maßnahmen umzusetzen. Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Sensibilisierung für Themen wie Rassismus und Rechtsextremismus in Aus- und Fortbildung werden angestrebt. Eine bzw. ein beim Landtag angesiedelte/r, unabhängige/r Bürger- und Polizeibeauftragte/r soll über Missstände in den Behörden aufklären.

Beim Parteirat konnten alle dem von Vanessa Gronemann und Robert Erkan eingebrachten Zitat von Cetin Gültekin nur zustimmen: „Erinnern heißt verändern". Und somit wurde der Antrag einstimmig von den Delegierten angenommen.

Erster Parteirat 2022 in der Landesgeschäftsstelle.

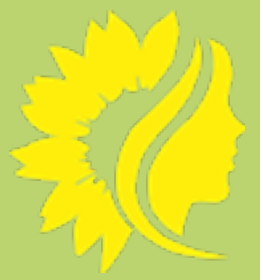
Gianina Zimmerman, frauenpolitische Sprecherin

10 JAHRE FRAUENMENTORING

DAS GRÜNE FRAUENMENTORING feiert dieses Jahr sein 10-jähriges Bestehen. Als fester Bestandteil GRÜNER Frauenpolitik hat das Mentoringprogramm in den letzten zehn Jahren nicht nur vielen Frauen ihren Einstieg oder ihr Engagement in unserer Partei erleichtert, sondern hat sich, dank hohem Engagement der Mentor*innen und aller Mitwirkenden, zum festen Bestandteil unserer Frauenpolitik etabliert.

Dafür sagen wir DANKE an alle Mentor*innen, die nicht nur mit hoher Professionalität dabei sind, sondern es auch immer geschafft haben, andere mit ihrer Leidenschaft anzustecken! Unser Dank gilt vor allem allen Unterstützer*innen in unseren Orts- und Kreisverbänden und auf allen politischen Ebenen – wir bauen weiterhin auf euch!

Das Frauenmentoring-programm 2022 ist am 26. März gestartet. Auch im Jubiläumsjahr 2022 können unsere 25 Mentees auf ein spannendes siebenmonatiges Programm bauen.



FIFTY-FIFTY – AUCH FÜR UNS!

Der Anteil der weiblichen Mitglieder liegt in Hessen bei stolzen 42% - dabei sind wir noch lange nicht am Ende unseres Ziels: Fifty-Fifty! Feminismus ist Teil unserer DNA, unsere Vorstände sind paritätisch besetzt und unsere Fraktionen haben die meisten Frauen in den Parlamenten. Das FrauenForum ist unsere Vernetzungsplattform und in Zusammenarbeit mit der GAK können wir Frauen* in ihrem Engagement unterstützen und begleiten. Wir haben die besten Voraussetzungen, um gleiche Teilhabe und gleiche Macht auch für Frauen* zu ermöglichen. Unsere klare feministische Haltung für eine sozialökologische Transformation, für Demokratie und Menschenrechte, für eine vielfältige und tolerante Gesellschaft und für einen starken Zusammenhalt ist unser Fundament, auf das wir gemeinsam bauen können und mit dem wir weitere Frauen* für eine GRÜNE Mitgliedschaft überzeugen. Lasst uns gemeinsam auf dieses Ziel hinarbeiten, die Zeit dafür ist jetzt!

Die letzten zwei Corona-Jahre waren für uns alle voller Herausforderungen; der Krieg in der Ukraine setzt uns mehr denn je politisch, emotional und auch finanziell unter Druck. Ich möchte euch ermutigen, trotz dieser fordernden Zeit gemeinsam - in jeder Hinsicht und zu jeder Zeit - zusammenzustehen! In der dringend benötigten Energie- und Verkehrswende, für eine ressourcenschonende, nachhaltige und sozialgerechte Gesellschaft braucht es mehr denn je engagierte Frauen, die Lust aufs Gestalten haben. Lasst uns gemeinsam und mit unserer feministischen Haltung politisch stärker als zuvor agieren - dafür haben wir nun Verantwortung mit der Regierungsbeteiligung im Bund, Land und in vielen Kommunen.

Save The Date

DAS FRAUENFORUM – OFFENER RAUM MIT MEHRWERT! (jeden 3. Freitag im Monat, außer Karfreitag): https://konferenz.netzbegruenung.de/GrünesFrauenforumHessen

20. Mai: Überprüfung der Entgeltsysteme auf Geschlechtergerechtigkeit mit Frau Christa Larsen, Geschäftsführerin des IWAK

17. Juni: Bericht zur Umsetzung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes mit Silvia Brünnel, Frauenpolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion.

PROJEKTTAG DER LAG BILDUNG

Im Oktober findet der Projekttag der LAG Bildung mit Wissenschaftler*innen, Praktiker*innen und politisch Verantwortlichen zur Ausschärfung unserer GRÜNEN Bildungsprogrammatik statt. Nähere Informationen mit Ort- und Zeitangaben werden demnächst bekanntgegeben.

Noch stehen für Schulen und viele Schüler*innen die Bewältigung der Folgen der Pandemie im Zentrum. Aber auch schon davor stellten verbesserte Unterrichtskonzepte durch pädagogisch selbstständige Schulen, mehr individuelle Förderung, Ganztagsausbau, gute Bildungschancen unabhängig der Herkunft und Digitalisierung Herausforderungen dar, bei denen wir in dieser Legislatur vorangekommen sind. Dies möchten wir zusammen mit euch würdigen und unsere zukünftige Bildungspolitik mit euch konkretisieren. Dazu wollen wir namhafte Bildungsexpert*innen zu Wort kommen lassen, eure Vorstellungen abholen und Konzepte der LAG und der BAG mit euch diskutieren (z. B. neue Lernkultur, erweiterte Selbstständigkeit und Verantwortungsübernahme in einer lernenden Schule).

Gerne könnt ihr vorab eure Themen und Fragen dazu einbringen: ***d.may3@ltg.hessen.de***.

PRÄVENTIONSTAG DER LAG GESUNDHEIT UND PFLEGE

Ideenwerkstadt: Prävention und Gesundheitsförderung

Unser Gesundheitswesen steht vor enormen Herausforderungen: demografischer Wandel, Fachkräftemangel im Gesundheitswesen, Klimawandel und veraltete Steuerungsstrukturen.
Um die Gesundheitsversorgung der Menschen sicherzustellen, braucht es einen Paradigmen-Wechsel - weg von der Fixierung auf „Krankheitsbehandlung“ hin zu einem „Gesundheits“-orientierten Ansatz. Bei dieser Sichtweise steht im Fokus, welche Bedarfe Menschen haben und welche Ressourcen sie benötigen, um gesund zu bleiben.

Die Aufgabe besteht nun darin, Prävention und Gesundheitsförderung als Grundprinzipien bei der Planung und Gestaltung in allen Politikbereichen stets mitzudenken.
In der Umsetzung wirkt der Präventionsgedanke in alle Lebensbereiche hinein und hier gilt es, mitzugestalten:

Save the Date
Am 7. Mai 2022, 11 bis 15 Uhr
Online-Veranstaltung

Wir möchten für ein gesundes Essen und ausreichend Bewegung in den Schulen sorgen, ein gesundes Arbeitsleben ermöglichen und auch im Rentenalter für eine gesundheitsfördernde Umgebung sorgen.
Dafür wollen wir mit euch die erste Ideenwerkstatt des Landesverbands eröffnen und in drei Workshops erarbeiten, welches die wichtigsten Präventionsziele in den jeweiligen Lebensphasen sein können.
Wir wollen Expertise im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung teilen und Kernprojekte im Bereich der Umsetzung benennen, damit daraus ein erstes Ideenpapier entstehen kann.

HESSEN MUSS SICHERER HAFEN WERDEN - JETZT!

Mit großer Sorge beobachteten wir in den letzten Wochen die Geschehnisse in der Ukraine. Wir waren bis zuletzt voller Hoffnung, dass sich eine friedliche Lösung finden lässt.

Mit der Anerkennung der Separatistengebiete und dem Einmarsch in die Ukraine hat Wladimir Putin den Weg der Eskalation unmissverständlich gewählt. Wir verurteilen dieses völkerrechtswidrige Vorgehen scharf und stehen solidarisch an der Seite der Ukraine, die als souveräner Staat integraler Bestandteil Europas ist. Das Vorgehen Wladimir Putins stellt die Sicherheit der ukrainischen Bevölkerung und die Sicherheit Europas infrage. Wir fordern die russische Regierung auf, die Integrität der europäischen Grenzen zu achten und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Frieden ist und bleibt das wertvollste Gut. Als junge Generation, die den Kalten Krieg nicht selbst erlebt hat, ist es auch unsere Verantwortung, den Frieden in Europa zu bewahren und Krieg zu verhindern. Dieser Konflikt, unter dem die Zivilbevölkerung schon jahrelang leidet, darf nicht weiter eskalieren - er muss beendet werden.

Die GJH auf der Demo in Frankfurt.

Vor dem schrecklichen Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine fliehen gerade etliche Menschen. Europa, Deutschland und Hessen müssen die Geflüchteten sofort und unbürokratisch aufnehmen und jetzt alle dafür nötigen Vorbereitungen treffen. Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine!
Doch auf den eklatanten Bruch des Völkerrechts müssen nun auch konsequente politische und wirtschaftliche Antworten folgen. Dies wird auch Folgen für Deutschland haben, die wir bereit sein müssen zu tragen. Dafür braucht es einen Plan, wie Auswirkungen in Deutschland abgefedert werden können - sozial und unter Einhaltung der Klimaziele. Die Aussetzung der Schuldenbremse ist dafür unausweichlich. Die fossile Abhängigkeit von Autokratien ist ein Fehler, den wir schnellstmöglich beheben müssen. Eine Lehre aus dem russischen Angriffskrieg muss sein, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Wärmewende massiv zu beschleunigen.

Nun muss das Land Hessen sich zu seinen demokratischen und humanitären Werten bekennen und zu einem Sicheren Hafen werden. Alle fliehenden Menschen, nicht nur aus der Ukraine, müssen nun aufgenommen werden und diesen ein sicheres Zuhause geboten werden. Menschenleben sind kein politisches Mittel, egal ob auf dem Mittelmehr, an der Griechisch-Türkischen-Grenze oder in der Ukraine! Wir verurteilen die russischen Blockaden in Bezug auf die Schaffung humanitärer Fluchtkorridore.

Aus diesen Gründen haben wir, gemeinsam mit den Jungen Liberalen Hessen und den Junge Sozialist*innen Hessen, am 4. März eine Demonstration vor dem Russischen Konsulat in Frankfurt am Main abgehalten, um unsere überparteiliche Solidarität mit den Menschen in der Ukraine deutlich zu zeigen. Wir unterstützen die Bemühungen unserer Kreisverbände in der aktuellen Situation und hoffen, dass sich immer mehr Kreise zu sicheren Zufluchtsorten erklären.

KV Limburg-Weilburg:

STADT, LAND UND VIEL GRÜNE ENERGIE

Unser Flächenkreis ist sehr unterschiedlich und zum Teil weiter ländlich geprägt. Das stellt die GRÜNEN vor Ort vor große Herausforderungen. Diese Diversität birgt aber auch große Innovationsmöglichkeiten.

Seit dem 1. Juni 1980 besteht der KV Limburg-Weilburg. Anfänglich mit etwa 20 hochmotivierten Personen noch recht überschaubar, ist er mittlerweile auf eine beachtliche Größe von fast 170 Mitgliedern angewachsen. Thematisch spielte schon immer die Klimafrage eine entscheidende Rolle. Anfänglich war die Anti-Atomkraft-Bewegung zentral. Klimathemen bleiben weiter maßgeblich, wenn auch in anderer Gestalt.

> **Klimafragen sind heute Querschnittsthemen auf allen Ebenen!**
> *Sabine Häuser-Eltgen, Vorsitzende Kreistagsfraktion*

Die Kommunalwahl im März 2021 war unser erster vorrangig digitaler Wahlkampf. Die Umstellung von einem analogen zu einem digitalen Wahlkampf forderte unseren Wahlkämpfer*innen, auch vor dem Hintergrund der Altersstruktur unserer Parteibasis vor Ort, einiges ab: was sind digitale Medien und Formate und wie benutzt man sie und dann auch noch effektiv? Umso mehr freuen wir uns über unsere tollen Ergebnisse im Kreis: z.B. besteht unsere gewählte Kreistagsfraktion seit März 2021 aus zehn Mitgliedern!

> **Besonders stolz bin ich auf unsere quotierte Kreistagsliste, die sich gleichermaßen aus älteren, jüngeren und diversen Personen zusammensetzt.**

Der Bundestagswahlkampf war ebenfalls vorrangig digitaler Natur. Wir sehen, dass digitale Wahlkämpfe parteiintern viele Vorteile mit sich bringen: Gremien können unkompliziert und kurzfristig tagen - in einem Flächenkreis wie dem unserem eine zeit- und ressourcensparende Möglichkeit, die familienfreundlich sein kann. Für die parteiinterne Kommunikation werden digitale Kanäle auch nach Corona für uns bestehen bleiben. Leider brachte sie ebenfalls gravierende Nachteile mit sich. Der direkte Kontakt nach außen, gerade mit Mitgliedern und Sympathisant*innen fehlte größtenteils. Sabine Häuser-Eltgen wies auch auf die Abnutzungserscheinung digitaler Formate im Wahlkampf hin. Die zeitliche Nähe von Kommunal- und Bundestagswahl machte sich hier stark bemerkbar. Anna Lührmann, unsere neu gewählte Bundestagsabgeordnete, löste die Herausforderung, in einem Flächenkreis Wahlkampf zu machen, sehr überzeugend: sie lud zu einer zweiwöchigen Wandertour durch den Kreis ein. Es wurde mit Mitgliedern und Sympathisant*innen gewandert, diskutiert und z.B. die Situation des Waldes vor Ort begutachtet. Als Leuchtturmveranstaltung mit Zugwirkung fungierte unsere Wahlkampfveranstaltung mit Robert Habeck und unseren Direktkandidat*innen in Limburg auf dem Neumarkt.

Robert Habeck und Anna Lührmann.

Als kleiner KV verlangte uns diese Veranstaltung einiges ab: Geld, Zeit, Personenkraft und auch viel Mut. Es hat sich aber mehr als gelohnt – gerade auch vor dem Hintergrund eines vorrangig digitalen Wahlkampfs! Endlich konnten unsere Kandidat*innen persönlich und direkt vor Ort bei unseren Mitgliedern, Sympathisant*innen und Andersdenkende für eine progressive GRÜNE Politik werben. Wir freuen uns auf eine spannende Zeit mit starken GRÜNEN im Kreis und Bund.

Radinfrastruktur und Radverkehr

HESSEN INVESTIERT REKORDSUMME

Hessen ist auf dem Weg zum Fahrradland! Das zeigen auch die Ergebnisse des Fahrrad-Monitors Hessen. Fahrrad fahren wird immer beliebter und immer sicherer! Die Ergebnisse des Fahrrad-Monitors Hessen für das Jahr 2021 zeigen eindeutig, dass die Menschen gerne noch mehr Fahrrad fahren würden, wenn dafür die Voraussetzungen stimmen. Deshalb bauen wir in Hessen massiv die Radinfrastruktur aus, damit das Fahrradfahren noch einfacher und sicherer wird. Dann kann jede*r unkompliziert und sicher Fahrrad fahren.

Um diese Entwicklung zu stärken, investiert Hessen 2022 so viel in die Radinfrastruktur wie nie zuvor. Insgesamt stehen 28 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln, davon 13 Millionen Euro vom Land Hessen, für die Planung und den Ausbau von Radwegen entlang von Landesstraßen zur Verfügung. Um Radwege zukünftig noch besser und systematischer planen zu können, wurde 2019 das überregionale Hauptroutennetz entwickelt, welches auch Radschnellverbindungen berücksichtigt und den Ausbau auf wissenschaftlichen Grundlagen priorisiert. Darüber hinaus haben wir mit der Gründung der AG Nahmobilität Hessen 2016 und der Gründung der Task Force Radverkehr mit insgesamt 18 Stellen bei HessenMobil die personellen Grundlagen geschaffen, um Radwege noch schneller planen und bauen zu können!

Radverkehr ist der grüne Motor der Verkehrswende

Radinfrastruktur alleine ist noch keine Verkehrswende. Aber der Radverkehr ist der grüne Motor, den wir brauchen, um die CO2-Emissionen im Mobilitätssektor zu senken und mehr Lebensqualität in den Städten zu schaffen. Deshalb werden wir auch in den nächsten Jahren den Ausbau von Radwegen massiv fördern, allein für die Radwege an Landesstraßen sind für 2024 rund 17 Millionen Euro geplant. Das bedeutet, dass in den nächsten zwei Jahren 100 Radwegekilometer geplant werden, die sich teilweise schon in der Umsetzung befinden. Aber nicht nur der Ausbau der Radwege wird gefördert, sondern auch Innovationen, Forschung, Vernetzung und Fortbildung für die hessischen Kommunen. Darüber hinaus sind drei der bundesweit sieben Radprofessuren aus dem nationalen Radverkehrsplan 2020 in Hessen eingerichtet worden, die den Radverkehr zukünftig erforschen und Fachkräfte ausbilden.

Große Wirkung

Mit relativ wenig Mitteln können also starke Verbesserungen des Radverkehrs und damit eine große Wirkung für die Lebensqualität, Mobilität und Gesundheit der Menschen geschaffen werden. Mit unserem Engagement sorgen wir in Hessen daher für eine sichere Radinfrastruktur, die dank sicheren Radschnellwegen und Raddirektverbindungen und der immer stärker genutzten E-Bikes einen größeren Mobilitätsradius auch auf überregionale Strecken ermöglichen. Radfahren ist nicht mehr nur die kurze Fahrt zur Bäckerei, sondern ein wichtiges Fortbewegungsmittel für die regionale und überregionale Mobilität!

Landeshaushalt 2022
GRÜNE SCHWERPUNKTE

Die Pandemie wird uns auch dieses Jahr weiter begleiten und viele Ressourcen fordern. Deshalb schaffen wir mit dem Landeshaushalt 2022 die Voraussetzungen, um die ökonomischen und sozialen Folgen der Pandemie abzuschwächen, wichtige ökologische Schwerpunkte zu setzen, zentrale Vorhaben unseres Regierungsprogramms umzusetzen und unser Leben insgesamt zu verbessern. Damit zeigt die Koalition: Auch unter schwierig werdenden finanzpolitischen Rahmenbedingungen bleiben wir auf dem Kurs unserer nachhaltigen und zukunftsorientierten Finanzpolitik. Der Haushalt wurde am 3. Februar vom Landtag verabschiedet – jetzt geht's an die Verwirklichung unserer GRÜNEN Politik.

Umwelt- und Klimaschutz

Die Corona-Krise traf uns alle unerwartet, doch durch vorausschauendes und sorgsames Haushalten in den Vorjahren konnten und können wir diese Krise souverän meistern. Um in den nächsten Jahren nicht noch härter von der Klimakrise und ihren Folgen getroffen zu werden, ist Umwelt- und Klimaschutz einer der inhaltlichen Schwerpunkt im Haushalt 2022: Mehr als 400 Millionen Euro werden hierfür bereitgestellt. Ein besonderer GRÜNER Erfolg – zusätzlich zu den 400 Millionen Euro – ist die Umsetzung einer Kooperationsvereinbarung des Runden Tisches Landwirtschaft und Naturschutz: Hierfür sind 15 Millionen Euro im Haushalt 2022 vorgesehen.

Soziales

Mit dem Landeshaushalt 2022 wird das Sozialbudget auf rund 128 Millionen Euro aufgestockt; damit werden wichtige Akzente für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land gesetzt: Für die häusliche Pflege steht 2022 erstmals ein Pflegeentlastungsfonds mit 600.000 Euro zur Verfügung. Frauenhäuser werden mit 2 Millionen Euro mehr unterstützt, da sie durch den Anstieg der häuslichen Gewalt während Corona besonders gefordert sind. Ebenso hilft der „Schutzschirm für Azubis" Betrieben mit 4 Millionen Euro, sodass die Ausbildung der Azubis trotz pandemiebedingter Probleme fortgeführt werden kann.

Wissenschaft und Kultur

Der Etat für die Wissenschaft – also für die hessischen Hochschulen, aber auch für die Forschungsförderung – steigt von 2021 auf 2022 um 4,6 Prozent auf die Rekordsumme von insgesamt 3,19 Milliarden Euro. Für Kunst und Kultur wendet das Land weitere rund 282 Millionen Euro auf; hier beträgt die Steigerung im Vergleich zu 2021 genau 3,5 Prozent. Zusätzlich werden dem Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) im Jahr 2022 rund 45 Millionen Euro Investitionsförderung zukommen. Damit schaffen wir im Rahmen einer neuen Vereinbarung mit den Eigentümer*innen des Klinikums die Grundlage für eine Verbesserung der Situation von Patient*innen, Beschäftigten und Studierenden am UKGM.

Bildung

Auch die Schulen stärken wir weiter: 2022 fließt knapp ein Viertel des Landeshaushalts in Bildung und Forschung – rund 7,8 Milliarden Euro. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der qualitativen Entwicklung von Schule als sozialen Ort der Verbesserung von Chancengerechtigkeit. Daher erhöhen wir erneut die Mittel für die Schulsozialarbeit, die Ganztagsbetreuung und für mehr pädagogische Freiheiten der Schulen. Natürlich haben wir nicht vergessen, dass die pandemische Lage gerade für Kinder und Jugendliche eine besondere Herausforderung ist. Daher stehen im Jahr 2022 zur Kompensation von pandemiebedingten Förderbedarfen bei Schüler*innen 70 Millionen Euro zur Verfügung.

Energiewende
HESSEN IST VORREITER

In Hessen sind knapp 2 Prozent Fläche für die Nutzung von Windkraft reserviert. Mit der Unterzeichnung des Regionalplans Südhessen durch Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir sind in Südhessen 1,5 Prozent, in Nordhessen 2,0 Prozent und in Mittelhessen sogar 2,2 Prozent Windvorrangflächen ausgewiesen. Damit haben wir in Hessen die Grundlage geschaffen, um bis 2030 rund 80% Erneuerbare Energien zu erreichen und sind eines von zwei Bundesländern, die nach Aussage von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ausreichend Flächen für die Windenergie bereitstellen. Wir freuen uns über den Rückenwind durch die neue Bundesregierung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, denn nur durch die gemeinsame Arbeit von Bund und Ländern kann die Energiewende gelingen.
Mit vielfältigen Maßnahmen stellen wir in Hessen bereits heute die richtigen Weichen, damit die Vorrangflächen auch mit Windenergie bebaut werden können: Zur besseren Ausstattung der Genehmigungsbehörden haben wir in diesem Haushalt zehn zusätzliche Stellen für die zuständigen Bereiche in den Regierungspräsidien beantragt. Durch die bessere personelle Ausstattung können die Genehmigungsverfahren schneller bearbeitet werden. Die Verwaltungsvorschrift Windenergie und Naturschutz schafft höhere Rechtssicherheit, beschleunigt die Verfahren und verbessert gleichzeitig den Artenschutz für windkraftsensible Arten. So gehen Energiewende und Artenschutz erfolgreich Hand in Hand.

Klare Kante gegen rechte Umtriebe bei sogenannten
CORONA-SPAZIERGÄNGEN

In unserer aktuellen Stunde „Klare Kante gegen rechte Umtriebe bei sogenannten Corona-Spaziergängen“ haben wir deutlich gemacht, welche Haltung wir zu den sogenannten Spaziergängen haben. Wir stehen zur Demonstrationsfreiheit, unabhängig davon, wer demonstriert. Wir stehen selbstverständlich zur Meinungsfreiheit. Das heißt aber nicht, dass es keinen Widerspruch gibt, wenn Hass und Hetze oder Verschwörungsideologien verbreitet werden. Auch und gerade in der Krise gilt: Meinungsfreiheit und das Recht zu demonstrieren gehören zu den grundgesetzlich geschützten Pfeilern unserer Demokratie. Wer seine Meinung äußert, demonstriert und dann so tut, als würden wir in einer Diktatur leben, hat aber nichts verstanden und verhöhnt die Opfer von Diktatur und Willkür. Wer die sogenannten Spaziergänge nutzt, um antisemitische Hetze zu betreiben, den Holocaust zu leugnen, zu relativieren, unsere Demokratie verächtlich zu machen oder gar versucht, unsere Demokratie zu unterminieren, dem zeigen wir klar Kante. Bis hierher und nicht weiter. Jeder*jedem Einzelnen, der da mitläuft, sei gesagt, dass hier auch Feinde unserer Demokratie, Nazis und Rechte dabei sind. Die Mehrheit unserer Gesellschaft verhält sich weiter besonnen, solidarisch und friedlich – auch das sollten wir in der Debatte nicht vergessen.
In vielen Kommunen gibt es Resolutionen, die sich mit dem Thema befassen und sich wie wir gegen rechte Umtriebe auf diesen Demonstrationen stellen. Auch ist es gut, dass die Bundesländer nun den Holocaust relativierende Symbole, wie den gelben Stern mit der Schrift „ungeimpft“ als Volksverhetzung einstufen will. Die Mehrheit darf nicht still sein, wenn Rechtsextreme ihre antidemokratischen Parolen verbreiten.

IN KÜRZE

Regionaltangente West

Gut ausgebaute Schienenverbindungen sind ein wesentliches Element für die hessische Verkehrswende. Zu lange wurde Mobilität hauptsächlich mit guten Straßenbedingungen gleichgesetzt. Seit unserer GRÜNEN Regierungsbeteiligung gewinnt die Schiene in Hessen allerdings immer an Bedeutung – ein positives Signal für die Mobilität aller Hess*innen und für das Klima. Die Regionaltangente West (RTW) wird als Zweisystem-Stadtbahn Bad Homburg, das Nordwestzentrum Frankfurt und das Gewerbegebiet Praunheim sowie Bad Soden über Eschborn, Frankfurt-Höchst und den Flughafen Frankfurt mit Neu-Isenburg und Dreieich-Buchschlag verbinden. Das am 28. Januar vom Regierungspräsidium Darmstadt erteilte Baurecht für die Regionaltangente West (RTW) ist daher ein weiterer Meilenstein nachhaltiger Mobilitätspolitik in Hessen.

Forschung zu Rechtsextremismus und Rassismus

Mit einer neuen Forschungseinrichtung wollen wir in der Koalition die wissenschaftliche Arbeit im Bereich Rechtsextremismus und Rassismus stärken. Ein entsprechender Antrag wurde mit dem Landeshaushalt 2022 verabschiedet. Der wachsende Rechtsextremismus ist zur aktuell größten Bedrohung für unsere Demokratie geworden. Oft findet er seinen Ausdruck in rassistischen Übergriffen. Dem müssen wir entschieden entgegenwirken. Dafür braucht es einen Dreiklang aus konsequenter Verfolgung rechtsextremistischer und rassistischer Strukturen, Prävention sowie wissenschaftlicher Forschung. Für die neue Forschungseinrichtung stehen im Haushaltsjahr 2022 und den Folgejahren jeweils 300.000 Euro im Haushalt des Wissenschaftsministeriums zur Verfügung. Konkrete Aufgaben sind unter anderem die Entwicklung und Umsetzung des bundesweit ersten berufsbegleitenden Weiterbildungsmasters „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“, wissenschaftliche Forschungsprojekte zu Ursachen und Methoden der Bekämpfung von Demokratiefeindlichkeit.

Angekündigter Rücktritt von Volker Bouffier

Die Entscheidung von Volker Bouffier verdient ebenso Respekt wie seine Lebensleistung als Politiker. Er hat in unterschiedlichen Funktionen über Jahrzehnte die Landespolitik entscheidend geprägt. Wir waren nicht immer einer Meinung. In seiner Rolle als Landesvater und in den acht Jahren der gemeinsamen Arbeit haben wir ihn jedoch neu kennen und schätzen gelernt. Es ist der Koalition gelungen, unterschiedliche Sichtweisen auf die Welt und Vorstellungen für die Zukunft zum Wohle unseres Landes zusammenzubringen. Das ist ganz wesentlich Volker Bouffier und seiner Fähigkeit zum Brückenbauen sowie seiner Verlässlichkeit zu verdanken. Für eine ausführliche Würdigung seines Wirkens wird noch an anderer Stelle Gelegenheit bestehen, denn schließlich ist der Ministerpräsident ja auch noch im Amt. Nach dem Wechsel von Nancy Faeser in die Bundespolitik ist der Rückzug von Volker Bouffier die zweite große personelle Veränderung innerhalb kurzer Zeit. Der Ausgang der Landtagswahl im Herbst 2023 ist völlig offen. Wir GRÜNE stehen personell wie inhaltlich für einen klaren und verlässlichen Kurs. Wir wollen ökologischen Aufbruch, soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt auch in Zukunft zusammenbringen. Dafür stehen wir mit unseren 29 Abgeordneten, unseren Minister*innen und unserem stellvertretenden Ministerpräsidenten Tarek Al-Wazir. Die politischen Karten in Hessen werden bei der Landtagswahl 2023 neu gemischt. Alles ist möglich – auch ein Dreikampf um die Staatskanzlei.